

GERO

D 79802 Dettighofen - Baltersweil

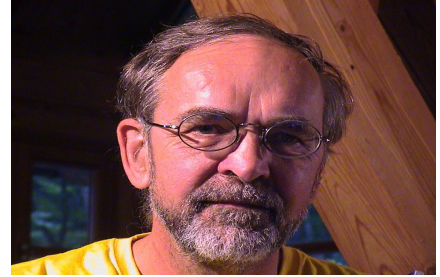
Tel.: 0049/7745-44 999 89

GREB

Mühleweg 24 (Lochmühle v. 1669)

epost:gero.greb@online.de

Die Demokatur der Grünen und Linken!



Ich war von 1984 – 89 für die Grünen im Kreistag von Waldshut und habe - unter anderem - dort die Denk- und Handlungsweise der Grünen kennengelernt. 2009 bin ich dann nach genau 25 Jahren aus dieser indoktrinären Partei ausgetreten! Hier kann man nachlesen warum

22 Gründe, warum man das Bündnis 90 /Die Grünen nicht wählen kann

Diese findet man hier: <https://www.europa-konzept.eu/texte-von-gero-greb/argumente-gegen-die-grünen/>

Das ist aber nicht der einzige „grüne“ Artikel, den ich auf dieser WEB-Seite hinterlegt habe! Es gibt bei den Grünen übrigens auch Ausnahmen wie z.B. Bernd Wallaschek, Kreisvorstandsmitglied der Grünen, der ja für diese „Schwarze Sache“ kämpft! Ich kenne ihn und seine Frau seit 1984 – eine Ewigkeit!

Übrigens habe nicht ich meine „grüne“ Einstellung verändert sondern die GRÜNROTEN die ihrige!

Was nun die **Schwarze Säge in Görwihl** angeht, ist das ein Beispiel für die – ich schreibe so etwas nicht gerne – Dummheit der grün/linken Diktatoren (Diktatoren (?)) = sie diktieren/indoktrinieren bundesweit und sind schon so weit, daß sie ab der Kommunalebene fast alles im Griff haben – Regierungspräsidien/Petitionsausschüsse/Umweltministerien??)

In den letzten 70 Jahren sind im Schwarzwald hunderte von kleinen Teichen (heute heißen sie Biotope) verschwunden z.B. in der St. Märgener Gegend, nur um die Straßen zu begradigen. Und kleine Teich sind eine wichtige Alternative zu den Fließgewässern! Ich sehe es bei mir vor dem Haus!

Wenn die Grüne Landesregierung mit Ihrem (Quasi-CDU)Ministerpräsidenten wirklich den Durchblick hätten, würde man diese überzogenen Aktion sofort absagen. Man beruft sich auf EU-Vorgaben von wegen Renaturalisierung! Was man von EU-Vorgaben halten muß, zeigt z.B. ganz aktuell die Privatisierung der staatlichen Gebäudeversicherungen in BW und Bayern! Damals haben die Versicherungen nicht die Sekt- sondern die Champagnerkorken hochgehen lassen! Man schiebt Gründe vor z.B.: Für die 10.000 € - Zerstörkosten würden die Zuschüsse verloren gehen!

Frau Thekla Walker Umweltministerin: Grüne + Greenpeaceerin hat diese Aktion zu verantworten!

Hat Sie das RP-Freiburg zu folgender Lüge ermuntert oder log/lügt diese Institution auf eigene Verantwortung.

Im SK – Südkurier steht nämlich:

Hier Auszüge aus dem SK! 15. Juli 2021, 15:53 Uhr

„Auch das Regierungspräsidium (RP) Freiburg bestätigt jetzt, dass kommenden Montag an der Schwarzen Säge im Görwihler Ortsteil Strittmatt die Arbeiten zur Wiederherstellung des naturnahen Gewässerlaufs des Schwarzenbächles beginnen. Der Petitionsausschuss des Landtags habe grünes Licht gegeben für den Beginn des Renaturierungsprojekts, so das RP. Die Behörde will mit dem Projekt die EUFauna-Flora-Habitat-Richtlinie umsetzen.

Es liegen alle erforderlichen Genehmigungen und Eigentümerzusagen vor. Wir freuen uns, dass der Petitionsausschuss bestätigt hat, dass diese Maßnahme dem öffentlichen Interesse dient und die Arbeiten jetzt beginnen können“, heißt es aus dem RP!

<https://www.suedkurier.de/region/hochrhein/kreis-waldshut/regierungspraesidium-bestaetigt-renaturierung-an-der-schwarzen-saege-beginnt-am-montag;art372586,10861148>

Dazu schreibt allerdings die BZ am 13.07.2021 etwas ganz anderes!

BZ – Badische Zeitung: „Die erwartete Besichtigung durch den Petitionsausschuss ließ indes auf sich warten.

BZ 13.07.2021 „.....Grund dafür ist eine schriftliche Ankündigung des Vorsitzenden des Petitionsausschusses im Landtag, **Thomas Marwein** (thomas.marwein@gruene.landtag-bw.de) die Abrissmaßnahmen beim Stauwehr an der Schwarzen Säge im Lindauer Tal am kommenden Montag, 19. Juli, umzusetzen – trotz einer anhängigen Petition, die darauf abzielt, den Petitionsausschuss des Landtages zu einem Vor-Ort-Besuch zu bewegen, um diese Entscheidung zu revidieren.

Der Besuch fand bis heute nicht statt. Stattdessen kam ein vom 29. Juni datiertes und "Zwischenbescheid" genanntes Schreiben des Petitionsvorsitzenden, gerichtet an Bernd Wallaschek. Darin wird erklärt, dass Petitionen rechtlich keine aufschiebende Wirkung entfalten, aber im Grundsatz während eines anhängigen Petitionsverfahrens die Maßnahmen, gegen die sich die Petition richtet, von der Verwaltung bis zur Entscheidung über die Petition nicht vollzogen werden.

Allerdings gebe es auch Ausnahmen. Sie seien dann zulässig, wenn "überwiegende Interessen der Allgemeinheit oder eines Dritten einer Verzögerung des Verfahrens" entgegenstünden. Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg habe, so heißt es weiter, im vorliegenden Fall eine solche Ausnahme geltend gemacht.